



Gedenken an den
17. Juni 1953:
Gesellschaftliche
Debatte nötig
...Seite 2



70 Jahre BVFG:
Die Kultur kam
erst später ins
Gesetz
...Seite 3



Roths Kürzungen
treffen Institutio-
nen mit voller
Härte
...Seite 4

Zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953

Landesvorsitzender Heiko Hendriks: „Der Kampf für die Freiheit ist nie umsonst“



Düsseldorf. Vor 70 Jahren erhob sich das Volk im Rahmen des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der ehemaligen DDR gegen den kommunistischen Staatsapparat und rief nach Freiheit. Dieser Ruf wurde durch das kommunistische Regime mithilfe sowjetischer Truppen blutig niedergeschlagen. Die Staatsmacht ließ ihre Maske fallen und es wurde spätestens zu diesem Zeitpunkt offenbar, dass die ehemalige DDR mitnichten eine Demokratie war, sondern die zweite Diktatur auf deutschem Boden.

Auch wenn es noch viele Jahre bis zum Ende der kom-

munistischen Herrschaft dauern sollte, so markierte der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 definitiv den Anfang vom Ende dieses Systems. Es folgten Aufstände beispielsweise in Ungarn und der Tschechoslowakei sowie die Solidarnosc-Bewegung in Polen. Deshalb ist dieser Gedenktag nicht nur wichtig für uns Deutschen, sondern braucht eine feste Verankerung in der europäischen Erinnerungskultur an die Folgen der kommunistischen Gewaltherrschaft. Essenziell für den Erhalt der Erinnerung ist die Weitergabe des Wissens an die Schülerinnen und Schüler. Daher setzt

sich die OMV in Nordrhein-Westfalen für eine Stärkung des Themas im europäischen Gesamtkontext im Schulunterricht ein. Weiterhin begrüßen wir, dass die unionsgeführte Landesregierung das Budget für Gedenkstättenfahrten auf mittlerweile 2 Millionen € erhöht hat. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen ermuntert werden, diese Chance zu nutzen und die vielfältigen Gedenkorte zu besuchen, und zwar sowohl im Inland als auch beispielsweise in unserer Partnerregion in Polen.

„Am 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der ehemaligen DDR erinnern wir uns daran, dass der Freiheitskampf der Menschen und auch der höchste Preis, den manche dafür bezahlt haben, niemals umsonst ist. Wir können daher die Völker in Belarus und in anderen Ländern, die unter einer Diktatur leiden, nur unterstützen und ermuntern, den Kampf für den eigenen Freiheitswillen nie aufzugeben und sich jeglicher Unterdrü-

ckung weiterhin entgegen zu stellen. Es ist unsere Pflicht als Europäer, diesen Völkern unsere Hilfestellung anzubieten“, erklärt OMV-Landesvorsitzender Heiko Hendriks.

KURZ NOTIERT

Den 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der ehemaligen DDR hat die OMV der CDU Nordrhein-Westfalen zum Anlass genommen, einen Arbeitskreis zu gründen, um zu untersuchen, wie es um die Wissensvermittlung über das DDR-Unrecht in den Schulen des Landes NRW steht. Initiiert wurde dies von Landesvorstandsmitglied Dieter Zank. Geleitet wird das Gremium, das seine Arbeit bereits aufgenommen hat, vom Schatzmeister der OMV der CDU Nordrhein-Westfalen Maximilian Lietz.



Schatzmeister Maximilian Lietz

70. Jahrestag des Volksaufstandes in der ehemaligen DDR

„Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Einordnung der SED-Diktatur“



Foto: Rüdiger Scholz

Fraktionsbeauftragter Rüdiger Scholz mit Dr. Frank Hoffmann (IDF) in der Bibliothek des Instituts

Düsseldorf/Bochum. Im Vorfeld des 70. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 hat der Beauftragte der CDU-Landtagsfraktion für Vertriebene, Aussiedler und stellvertretender OMV-Landesvorsitzender, Rüdiger Scholz, jetzt das Institut für Deutschlandforschung an der Ruhr-Universität-Bochum (IDF) besucht. Im Gespräch mit Geschäfts-

führer Dr. Frank Hoffmann informierte sich der Leverkusener Landtagsabgeordnete insbesondere darüber, welche Projekte es zur Aufarbeitung der zweiten Diktatur auf deutschem Boden gibt und wie Schülerinnen und Schülern diese annehmen. Ein besonderes Augenmerk lag auf dem Thema Zeitzeugengespräche, welche das IDF begleitet. „Erinnerungskultur ist auf die Vermittlung von Wissen

angewiesen. Die noch vorhandenen, aber immer weniger werdenden Zeitzeugen spielen eine besondere Rolle, weil sie die Vielfalt der Erlebnisse in einem System abbilden, das sich die junge Generation heute kaum mehr vorstellen kann“, betont Scholz. Es sei wichtig, den jungen Leuten, die selbst die deutsche Teilung nur vom Hörensagen kennen, zu vermitteln, dass die DDR nicht demokratisch

war, sondern ein Unrechtsstaat. „Der 17. Juni 1953 ist ein wichtiger Baustein der Erinnerungskultur. Damals erhoben sich die Menschen zum ersten Mal gegen das unterdrückerische Regime, das sich wiederum demaskierte und den Aufstand mithilfe sowjetischer Truppen blutig niederschlug.“

Rüdiger Scholz begrüßte die professionelle Weise, mit der das IDF Gespräche mit Zeitzeugen der DDR-Diktatur an Schulen und weitere Veranstaltungen begleitet. „Erfreulich ist das hohe Interesse gerade bei Schülern mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrungen.“ Dennoch arbeitete er im Gespräch mit Hoffmann drei wichtige Aspekte für die Zukunft heraus: Erstens brauche Deutschland eine grundlegende gesamtgesellschaftliche Debatte über die Einordnung der SED-Diktatur. „Die Zeit ist reif dafür“, unterstreicht Hoffmann. Zweitens sei die Internationalisierung des Themas wichtig. Die Überwindung der deutschen Teilung sei wesentlicher Teil der europäischen Geschichte und müsse insbesondere mit dem Blick auf die mittel- und mittelosteuropäischen Partnerländer stärker in diesen Kontext gesetzt werden. Hoffmann und Scholz sind sich schließlich einig, dass die Vielfalt der Gedenkstätten und Erinnerungsorte erhalten werden muss.

Begrüßenswert sei zudem, dass die unionsgeführte Landesregierung die Fördergelder für Gedenkstättenfahrten sukzessive von 50.000 auf zwei Millionen Euro aufgestockt habe.

Europaminister Liminski beim Empfang der OMV Bonn



Minister Nathanael Liminski (mitte) bei der OMV Bonn

Bonn. Europaminister Nathanael Liminski besuchte den Empfang der OMV Bonn. In seinem Grußwort lobte der Minister die Arbeit der OMV, die sich nicht nur mit der Vergangenheit, sondern auch mit aktuellen The-

men beschäftige. Die OMV sei die einzige Organisation, die die Fahne für die Vertriebenen weiter hochhält. Das Thema Flucht und Vertreibung habe gerade in heutiger Zeit einen wichtigen Stellenwert. Dabei ging Mi-

nister Liminski besonders auf den Ukraine-Krieg ein. Der Kampf um Frieden und Freiheit in der Ukraine brauche auch die Unterstützung der Europäischen Union. Nordrhein-Westfalen sei ein wichtiger Hafen für die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge geworden. Hier könne die OMV mit ihrer Erfahrung bei der Arbeit mit den Flüchtlingen und Vertriebenen entscheidend mit unterstützen. Diese Unterstützung sei eine Aufgabe für alle Europäerinnen und Europäer.

Vor 70 Jahren trat das Bundesvertriebenengesetz in Kraft

Im ersten Gesetzesentwurf für den Bundesrat war von Kulturarbeit noch keinerlei Spur

Bundesgesetzblatt ²⁰¹		
Teil I		
1953	Ausgegeben zu Bonn am 22. Mai 1953	Nr. 22
Tag	Inhalt:	Seite
19. 5. 53	Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz — BVFG —)	201
19. 5. 53	Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Einkommensteuergesetzes	222
15. 5. 53	Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung	224
21. 5. 53	Gesetz über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Deutschen Bundespost	225
20. 5. 53	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet	226

Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz — BVFG —).

Verkündung des Bundesvertriebenengesetzes im Bundesgesetzblatt

Düsseldorf. Neben dem Lastenausgleichsgesetz war das Bundesvertriebenengesetz (BVFG) der zweite Meilenstein zur Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge aus den deutschen Ostprovinzen und Siedlungsgebieten in Ost-, Mittelost- und Südosteuropa in der Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere der Dritte Abschnitt sah die Verteilung der Vertriebenen und Flüchtlinge auf die einzelnen Bundesländer nach dem Königsteiner Schlüssel, Wohnungsbaumaßnahmen zur Unterbringung außerhalb von Notaufnahmestellen sowie die Eingliederung in Landwirtschaft, gewerbliche Wirtschaft und freie Berufe, unter anderem durch die Gewährung von Existenzgründungsdarlehen und Beihilfen vor.

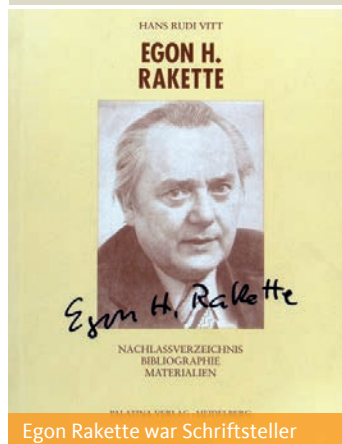
Das Gesetz, das bis heute wichtige Grundlagen für die kulturelle Arbeit und die Aufnahme von Spätaussiedlern bildet, wurde in diesem Jahr 70 Jahre alt. Viele Einrichtungen der Erinnerungskultur werden auf seiner Grundlage finanziert und auch die kulturelle Breitenar-

beit von Vereinen und Verbänden gefördert.

Doch Kultur war nicht von Anfang an vorgesehen. Der erste Entwurf wurde am 21. September 1951 beim Bundesrat eingereicht. Die Drucksache 630/51 enthielt 76 Paragraphen. Nur 76? Ja wohl, der bis heute gefeierte so genannte „Kulturparagraph“ war im Entwurf nicht enthalten. Überhaupt stand damals nichts von Kultur drin. Das rief zwei da-

EGON RAKETTE

*10.10.1909 in Ratibor, +02.10.191 in Oberwinter. Schriftsteller und Ministerialbeamter, Gründer des „Wangener Kreises“, Andreas-Gryphius-Preisträger.



Egon Rakette war Schriftsteller

malige Referenten beim Bundesrat auf den Plan: Dr. Oscar Katzenberger aus Hinterzarten und den ober-schlesischen, ehemals preisgekrönten, Literaten Egon Rakette aus Ratibor. Letzterer, der seit 1948 im Dienst des Ministerpräsidenten der Trizone in Wiesbaden tätig war, notierte später: „Mein Entsetzen war groß, als ich in den vielen Seiten zwar eine Menge Details über Eingliederung, Rechtsverhältnisse (...) aber keinen einzigen Satz, geschweige einen Paragraphen über die Kultur fand.“ Er war der Meinung, etwas unternehmen zu müssen. Und so machte er sich mit Dr. Katzenberger auf die Suche nach Verbündeten, um das aus beider Sicht wichtige Thema doch noch im Gesetz unterzubringen. Insbesondere auf den Schlesier Dr. Günther Granicky setzte Rakette seine größten Hoffnungen.

In den nächsten zwei Jahren wurde der Gesetzesentwurf überarbeitet und am 25. März 1953 vom Bundestag verabschiedet. Der Einsatz von Rakette und Dr. Katzenberger hatte sich gelohnt: 107 Paragraphen, darunter der bis heute so wichtige Paragraph 96. Übrigens, der häufig im Zusammenhang mit der Entstehung des Bundesvertriebenengesetzes und des Paragraphen 96 genannte Dr. Ludwig Landsberg bestätigte in einer handschriftlichen Notiz an Rakette, dass er an diesem eben nicht mitgearbeitet hatte.

Heiko Hendriks erneut berufen

Düsseldorf. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat Heiko Hendriks (im Bild mit Staatssekretärin Türkeli-Dehnert) für weitere fünf Jahre zum Beauftragten für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern bestellt. Darüber hinaus wurde er erneut zum Vorsitzenden des Landesbeirates für Vertriebenen-, Aussiedler- und Spätaussiedlerfragen benannt.

Deutsche Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler sowie Übersiedler und Flüchtlinge aus der damaligen DDR sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Dies will die Landesregierung besonders würdigen und durch einen Ansprechpartner für diese Zielgruppe begleiten.



IMPRESSUM

Herausgeber:
OMV der CDU NRW
Verantwortlich i.S.d.P.:
Sebastian Wladarz
Wasserstraße 6
40213 Düsseldorf
Telefon: (0211) 1360092
Mail: swladarz@cdu-nrw.de
Fotos, soweit keine Angabe
(c) Sebastian Wladarz

Mehr über uns und unsere Politik erfahren Sie auf unserer Homepage:

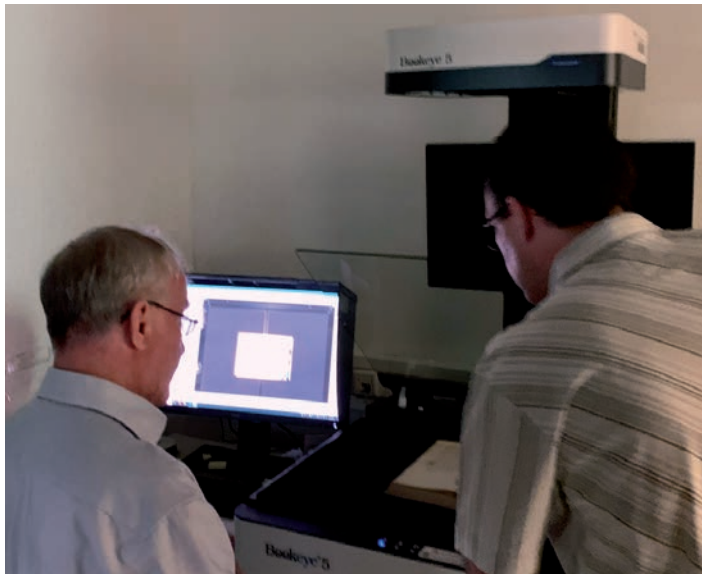
www.OMV-NRW.de

Twitter:
@OMVNRW

Instagram:
@OMVNRW

Rüdiger Scholz auf Stippvisite in der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne

Kürzungen der Bundesregierung im Vertriebenenbereich treffen die Institutionen mit voller Härte!



Digitalisierung ist ein Schwerpunkt der Arbeit der Martin-Opitz-Bibliothek

Herne. Im Rahmen seines Besuchsprogramms hat der Beauftragte der CDU-Landtagsfraktion für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten und stellvertretender OMV-Landeschef Rüdiger Scholz die Martin-Opitz-Bibliothek (MOB) in Herne besucht. Empfangen wurde er vom kommissarischen Direktor Dr. Arkadiusz Danszczyk, dem Vorstandsvorsitzenden der Stiftung, Dr. Frank Burballa und seinem Stellvertreter Bernd Werdin.

Auf dem Programm standen eine Führung durchs Haus und Gespräche zur aktuellen Situation. Das Haus ist kürzlich zum An-Institut der Ruhr-Universität-Bochum geworden, „wodurch wir eine enorme Aufwertung erfahren“, zeigte sich Dr. Burballa dankbar für die Bemühungen von Land und Bund, die zur Folge haben, dass der künftige Leiter der Einrichtung eine Professur an der Bochumer Universi-

tät erhält. Das Auswahlverfahren für die Besetzung der Stelle sei fortgeschritten, so dass in absehbarer Zeit mit einer hochwertigen Besetzung gerechnet werden könne. „Die neue Situation eröffnet uns neue Möglichkeiten im Bereich der Wissenschaft und Forschung“, sagte auch der kommissarische Chef Dr. Arkadiusz Danszczyk.

Sorgenfalten treibt den Herren jedoch unisono die finanzielle Lage ins Gesicht. Hauptkritikpunkt waren die Kürzungen der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien im Bereich des Paragraphen 96 BVFG. Mit über einer Million Euro machen sie etwa ein Drittel der bisher vorhandenen Mittel aus. „Die Kürzungen im Hause Claudia Roth treffen die Institutionen mit voller Härte“, resümiert Rüdiger Scholz. Aus den Projektmitteln habe die MOB wichtige Maßnahmen finanzieren

können, die nun wegfallen. „Das sind Finanzmittel im guten sechsstelligen Bereich, die nun wegbrechen und nicht kompensiert werden können“, sagt der Landtagsabgeordnete verärgert, den der Kahlschlag im Hause Roth schon länger begleitet. Anfang des Jahres sei bereits das erst 2017 neu geschaffene Kulturreferat für Oberschlesien „wieder eingestampft“ worden. Scholz erbot: „Hier werden mühevoll aufgebaute Strukturen zerstört und die Arbeit von Jahren zunichte gemacht, obwohl im Koalitionsvertrag ein Bekenntnis zur Vertriebenenkultur abgegeben wurde. Das können wir nicht sang- und klanglos hinnehmen.“ So wurde nach dem Gespräch vor Ort der Kontakt zur Gruppe der Vertriebenen und Aussiedler in der CDU/CSU-Bundtagsfraktion hergestellt, um einen direkten Austausch zum Thema zu ermöglichen.

AGDM: Diskriminierung deutscher Schüler in Polen hält an!

Berlin. Der Chef der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten bei der FUEN, Bernard Gaida, beklagt weiterhin die Untätigkeit der polnischen Regierung bei der Revision der Kürzung des Deutschunterrichts als Minderheitensprache: „Das Schuljahr 2022/23 war für tausende von Kindern in Polen von Diskriminierung geprägt. Mehr als 55.500 Kinder und Jugendliche, die in polnischen Schulen Deutsch als Minderheitensprache lernen, haben die Folgen der gekürzten staatlichen Förderung zu spüren bekommen“. Der Minority Monitor auf www.fuen.org gebe aktuell darüber Auskunft. Deshalb habe der Dachverband der Deutschen in Polen erneut einen Appell ausgesendet.



Bernard Gaida (AGDM-Sprecher)

EINLADUNG ZUR LANDESDELEGIERENTAGUNG

Sehr geehrte Mitglieder,

wir laden Sie zu unserer Landesdelegiertentagung am

**SAMSTAG, 23. SEPTEMBER UM 10:30 UHR IN DIE
CDU-LANDESGESCHÄFTSSTELLE,
WASSERSTRASSE 6, 40213 DÜSSELDORF**

herzlich ein. Als Gäste erwarten wir:

- Generalsekretär **PAUL ZIEMIAK**
- **HARTMUT KOSCHYK** (Stiftung Verbundenheit)
- OMV-Bundesvorsitzenden **EGON PRIMAS**

Diskutieren Sie mit uns über wichtige Themen der Landes-, Bundes- und Europapolitik.

Wir freuen uns auf Sie!